



Massen arbeitslosigkeit

als Herausforderung
für Christen

Suche nach Handlungsmöglichkeiten

Massenarbeitslosigkeit als Herausforderung für Christen

*Suche nach
Handlungsmöglichkeiten*

Impressum

© 2006 Diözesanrat der Katholiken im Bistum Hildesheim

Layout und Herstellung: Bernward Mediengesellschaft mbH

Wir danken den genannten Einrichtungen und Institutionen für die erfahrene Unterstützung sowie die Erteilung der Abdruckgenehmigung.

Zur Einführung

Als „drängendste politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderung“ bezeichnete das viel beachtete Wort der Kirchen zur ‚wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland‘ von 1997 die anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Ein knappes Jahrzehnt später hat sich die strukturelle Problemlage am Arbeitsmarkt eher noch verschärft. Es steht zu befürchten, dass vorübergehende konjunkturelle Erholungen keine dauerhafte Abhilfe schaffen können.

Auch der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Hildesheim hatte bereits 1999 in seinem ‚Wort zum Jahr 2000‘ die Arbeitslosigkeit angesprochen, auf deren Konsequenzen für die Betroffenen aufmerksam gemacht und Handlungsimpulse selbst für die Pfarrgemeinden vorgeschlagen. Mit der vorliegenden Schrift möchten wir erneut den Finger in eine Wunde legen, die unsere Gesellschaft nicht nur aufs Äußerste belastet, sondern auch zunehmend polarisiert. Die ungelöste Strukturkrise der Arbeitswelt darf deshalb auf keinen Fall achselzuckend beiseite gelegt werden. Es bedarf fortwährend einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung darüber, die den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang in Deutschland und der Welt einbezieht.

Unsere Schrift möge dazu beitragen, die Geißel der Massenarbeitslosigkeit – nicht nur in Pfarrgemeinden und Verbänden – in unserem Bewusstsein als Christen wach zu halten. Zugleich sind immer wieder auch aus christlicher Sicht die Politik und die Tarifpartner in die Pflicht zu nehmen, um im Interesse der Einzelnen wie der gesamten Gesellschaft unermüdlich nach neuen Handlungsmöglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu suchen und diese beherzt umzusetzen.

Margareta Meyer

*Vorsitzende des Diözesanrates
der Katholiken*

Prof. Dr. Erich Stoffers

*Vorsitzender des Sachausschusses
Wirtschafts- und Arbeitswelt*

Massenarbeitslosigkeit als Herausforderung für Christen

1. Aktuelle Lage am Arbeitsmarkt

Seit Umstellung der Arbeitslosenstatistiken im Jan. 2005 zählen wir in Deutschland ca. 5 Millionen Arbeitslose. Ist das aber schon die „ganze Wahrheit“? Allein die Zahl der in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit vorübergehend untergebrachten Arbeitslosen geht bereits auf 1,4 Millionen zu. Nicht mitgezählt sind außerdem die älteren Arbeitslosen im Vorruhestand, die Kurzarbeiter und die sog. „*Stille Reserve*“, also jene, die zwar gern arbeiten würden, aber die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz aufgegeben und sich nicht als arbeitssuchend gemeldet haben. Rechnet man auch diese Gruppen mit, liegt die „wahre“ Arbeitslosigkeit noch wesentlich höher als bei 5 Millionen.

Andererseits erzeugt bei uns zwar die Schattenwirtschaft bereits ein Produktionsvolumen, das rund 6 – 7 Millionen Arbeitsplätzen entspricht. Für eine reguläre Arbeit sind diese sozial ungeschützten und bestenfalls halb-legalen Jobs jedoch keine wirkliche Alternative. Niemand, der nicht selbst oder aus nächster Nähe das Schicksal der Arbeitslosigkeit erlebt hat, kann die oft nicht nur von sozialem Abstieg, sondern auch von Selbstzweifeln und dem schleichenden Verlust beruflicher Fähigkeiten bestimmte Situation der Betroffenen nachempfinden.

Das gemeinsame „Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ vom 23.02.1997¹ hat deshalb schon damals die Massenarbeitslosigkeit zur drängendsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderung unserer Zeit erklärt. Die katastrophale Lage am Arbeitsmarkt sei weder für die betroffenen Menschen noch für den sozialen Rechtsstaat hinnehmbar. Die Aktualität dieser Aussage hat seitdem eher noch zugenommen.

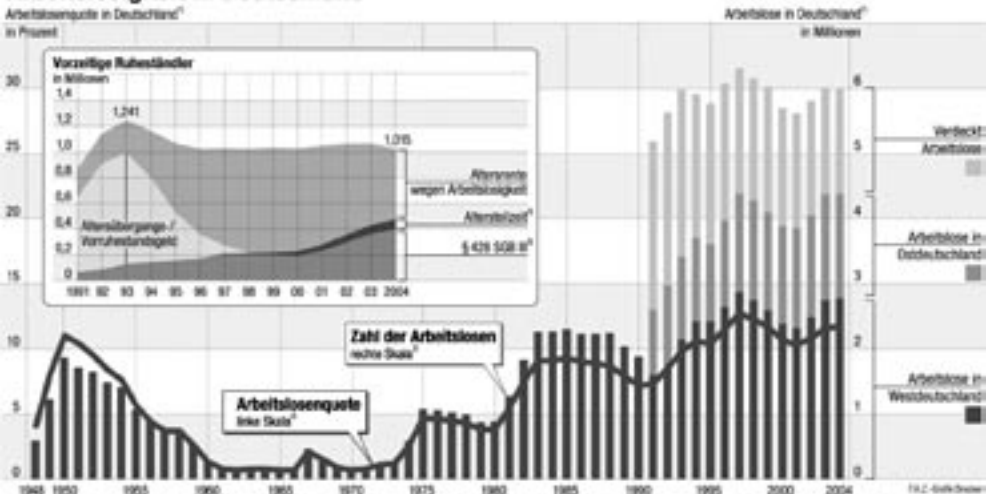
¹Textziffern werden wie folgt zitiert: „Tz. ...“

Dies gilt selbst dann, wenn wir einräumen, dass längst nicht alle sozialen Probleme über eine Wiederbelebung des Angebots an Arbeitsplätzen am Arbeitsmarkt gelöst werden können.

2. Ursachen der übermäßigen Arbeitslosigkeit

- Die heutige Arbeitslosigkeit in Deutschland ist mehr struktureller als konjunktureller Natur. Wichtigstes Symptom: Seit dem Ende des „Wirtschaftswunders“ der Nachkriegszeit ist der Sockel der Arbeitslosigkeit von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus immer weiter angestiegen. Konjunkturaufschwünge mit wirtschaftlichen Wachstumsschüben haben diesen Prozess weder anhalten noch gar umkehren können (Schaubild 1). Auch die für 2006 erwartete Konjunkturerholung dürfte das Blatt kaum nachhaltig wenden können.

Arbeitslosigkeit in Deutschland



¹⁾ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 1995: Westdeutschland, ohne Saarland und Berlin; 1992 bis 1999: Westdeutschland, ohne Saarland; 1991 bis 1999: Bundesrepublik, West- und Ostdeutschland; 2000 bis 2004: Ostdeutschland; 2000 bis 2004: Westdeutschland. Die Zahlen für die Bundesrepublik und für West- und Ostdeutschland sind in Prozent der jeweiligen Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (EFLB) angegeben. Die Zahlen für die Bundesrepublik sind in Prozent der Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (EFLB) angegeben. Die Zahlen für die Bundesrepublik sind in Prozent der Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (EFLB) angegeben. Die Zahlen für die Bundesrepublik sind in Prozent der Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (EFLB) angegeben.

Schaubild 1 (Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung)

- Obwohl man schon vor Jahren den strukturellen Wegfall industrieller Arbeitsplätze beklagte, ging man zunächst noch von einem ausgleichenden Beschäftigungszuwachs in den Dienstleistungsbranchen aus. Inzwischen hat die Automatisierung jedoch auch den Dienstleistungssektor voll erfasst. Insgesamt

entfallen durch fortschreitende Automatisierung bereits mehr Arbeitsplätze als durch Verlagerungen von Produktionsstätten ins Ausland.

- Während früher die Erzeugung vor allem hochpreisiger und entwicklungsintensiver Produkte auf wenige traditionelle Industrieländer beschränkt war, gibt es dafür heute weltweit eine Vielzahl von Produktionsstandorten. Unternehmen rechnen die Kostenlage an all diesen Standorten gegeneinander auf und schaffen Arbeitsplätze nur dort, wo sie den größten betriebswirtschaftlichen Vorteil bieten. Deutschland ist zwar auch heute noch eine führende Exportnation, doch wandern die dem Export hochwertiger Güter vorgelagerten Wertschöpfungsketten zunehmend in Billiglohnländer ab.
- Der wirtschaftliche Wettbewerb ist in der heutigen Zeit durch die Globalisierung entgrenzt, während die dadurch mitverursachten sozialen Probleme nach wie vor in nationaler Verantwortung gelöst werden müssen. Solange nicht alle Länder – insbesondere in der Europäischen Union – bereit sind, ihre Arbeitsmarktpolitik und ihre Sozialsysteme gemeinsam und solidarisch zu betreiben, ist hier auch keine Besserung in Sicht. Es fehlt in der Europäischen Union an einer gemeinsamen Sozialpolitik.
- Die strukturelle Unterbeschäftigung signalisiert außerdem eine immer noch unzureichende Funktions- und Anpassungsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes. Es mangelt an allgemeiner Flexibilität und oft auch persönlicher Anpassungsbereitschaft. Gleichzeitig stehen einer nachhaltigen Mehrbeschäftigung enorme bürokratische Hemmnisse im Wege.

3. Arbeitslosigkeit und christliche Verantwortung

Was geht die Arbeitslosigkeit die Christen an? Welche aktuelle Relevanz haben die Kernthesen aus dem Kirchenwort heute?

- Die Kirchen teilen die Auffassung, dass es Patentrezepte zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit nicht gibt. Sie verweisen allerdings nachdrücklich auf die anthropologische, ja sogar theologische Bedeutung der Arbeit für den Einzelnen. In dieser Weite des Blicks, der Perspektive liegt die besondere Bedeutung ihrer Stellungnahmen. Die Arbeitslosigkeit und die Zukunft der Arbeit dürfen deshalb nicht ausschließlich als Marktproblem diskutiert werden. Immer muss daran erinnert werden, dass der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftens zu stehen hat. Es geht um die Humanisierung des Arbeitsmarktes

und eine angemessene Entlohnung, um den rechtlichen Schutz und die soziale Absicherung der Menschen.

Auch neuere Verlautbarungen der deutschen Bischofskonferenz (vgl. z.B. „Das Soziale neu denken“) greifen solche Gedanken wieder auf. Eine ganzheitlich angelegte Politik und das Handeln verantwortlicher Christen kann und darf im Übrigen auch nicht durch Zersplitterung in von einander losgelöste Einzelforderungen zunichte gemacht werden.

- Die Veränderung der Arbeit, ihrer Organisation, der Arbeitsinhalte und der Arbeitsformen berührt die Gesellschaft im Ganzen (Siedlungsformen, Konsumgewohnheiten, Familienstrukturen). Daraus folgt, dass das Thema „Arbeit“ die Zukunft der Gesellschaft wesentlich mitbestimmt.

Den engen Zusammenhang zwischen Arbeitswelt und Gesellschaft erfahren in erster Linie die „Verlierer“ der sich nach wie vor beschleunigenden radikalen Veränderungen. Wer in der Arbeitswelt an den Rand gedrängt wird (oder darin überhaupt nicht Fuß fasst), steht auch in der Gesellschaft am Rand. Vor allem betrifft dieses Schicksal besondere Problemgruppen: Ungelernte, schlecht oder unzureichend Ausgebildete, Lernunfähige, behinderte Menschen oder auch ältere Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer.

- ⇒ Einfache Lösungen gibt es nicht. Das Wort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ zeichnet sich trotz aller Schwierigkeiten durch besonderes Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft aus. Deren Ordnungsidee hat sich noch keineswegs verbraucht². Die Aufgabe aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure besteht darin, Solidarität und Eigenverantwortung den neuen Erfordernissen gemäß wieder ins Gleichgewicht miteinander zu bringen.

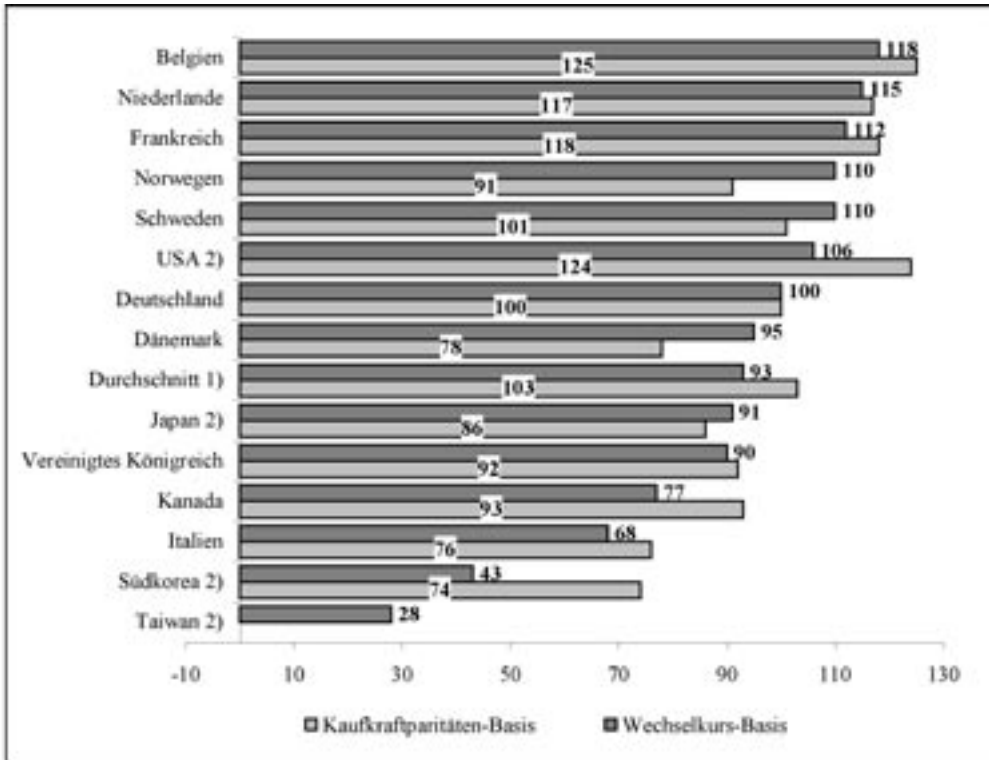
Dazu bedarf es eines breit angelegten wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepts. Das Kirchenwort (Tz. 167 ff.) setzt dafür einige nach wie vor gültige Schwerpunkte:

- Aus ökonomischer wie aus sozialer Sicht befürworten die Kirchen eine Lohn- und Gehaltsentwicklung, die sich am Produktivitätsfortschritt (Schaubild 2) orientiert und die Lohnstückkosten (Schaubild 3) nicht nach oben treibt (Tz. 169).

² Vgl. z.B. Tietmeyer, Hans, „Besinnung auf die Soziale Marktwirtschaft“, in: Kirche und Gesellschaft. Schriftenreihe der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, 2001

Produktivitätsniveau 2004

Bruttowertschöpfung je Stunde; Verarbeitendes Gewerbe Deutschlands = 100



1) Durchschnitt: Mittelwert der Länder ohne Deutschland, gewichtet mit deren Anteil am Wellexport im Zeitraum 2002 bis 2004 auf Basis von Kaufkraftparitäten ohne Taiwan. 2) Auf Basis der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen.
 Quellen: U.S. Department of Labor, OECD, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

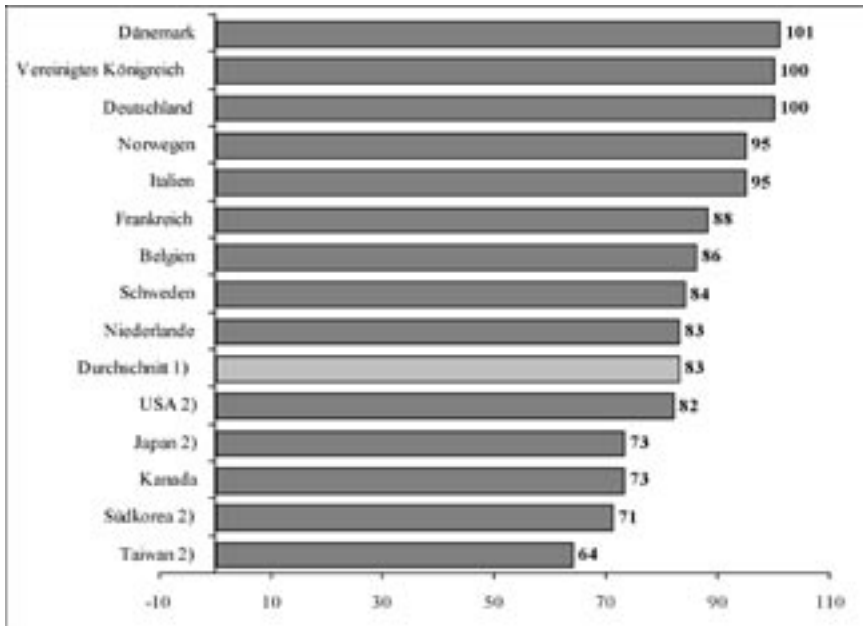
Schaubild 2 (Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, w-trends)³

³ „Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, ging im Vorjahresvergleich im ersten Quartal 2005 um 0,5% zurück; je Erwerbstätigenstunde nahm sie dagegen auf Grund des Rückgangs der geleisteten Arbeitsstunden um 1,3% zu. Neben Witterungseinflüssen hat sich arbeitszeitvermindernd ausgewirkt, dass zwei Arbeitstage weniger zur Verfügung standen als im ersten Quartal 2004 und die Teilzeitbeschäftigung weiter zugenommen hat.“ (Zitat: Statistisches Bundesamt, Mai 2005 [Internet])

Eine deutliche Lohnmäßigung auf breiter Front ist in den letzten Jahren tatsächlich schon eingetreten. Vom 4. Quartal 1998 bis zum 4. Quartal 2004 sind die Lohnstückkosten der Unternehmen saisonbereinigt insgesamt leicht zurückgegangen, doch gab es erhebliche Unterschiede in einzelnen Wirtschaftssektoren. Gleichzeitig sanken die Lohnstückkosten in der Industrie sogar um mehr als 7% und im Handel, Gastgewerbe und Verkehr um fast 6%, ausgerechnet im Not leidenden Baugewerbe dagegen stiegen sie um gut 17% an. Insgesamt liegen auch die deutschen Lohnstückkosten trotz der Mäßigung international noch immer mit an der Spitze.

Lohnstückkostenniveau 2004

Verarbeitendes Gewerbe Deutschlands = 100



Auf Basis der Wechselkurse und Preise von 2004. 1) Durchschnitt: Mittelwert der Länder ohne Deutschland, gewichtet mit deren Anteil am Welthandels im Zeitraum 2002 bis 2004. 2) Auf Basis der Bruttoertschöpfung zu Marktpreisen.
 Quellen: U.S. Department of Labor, OECD, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Schaubild 3 (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

⇒ Zur Senkung der Lohnstückkosten könnte insbesondere eine Entkopplung der Beiträge für die soziale Sicherung von den Lohn- und Gehaltskosten der Unternehmen beitragen. Der Abgabenteil (Schaubild 4) zwischen Produzenten- und Konsumentenlohn, der die Arbeitskosten übermäßig steigert und die Kaufkraft der Arbeitnehmer konjunkturschädigend mindert, muss so weit wie möglich abgebaut werden. Im Übrigen bleibt die grundsätzliche Beibehaltung und Sicherung der Sozialbeiträge eine Voraussetzung für die Erhaltung des sozialen Friedens in Deutschland.

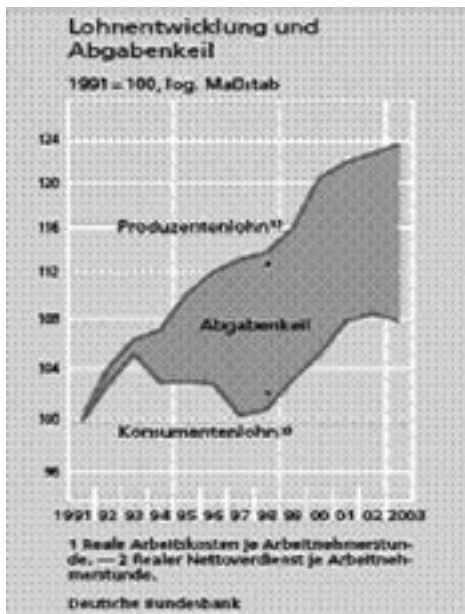


Schaubild 4 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 9/2004)

- Solange die Erwerbsarbeit für den Lebensunterhalt, die gesellschaftliche Integration und die persönliche Entfaltung der Menschen existenziell wichtig ist, sollte das Ziel eines möglichst hohen Beschäftigungsstandes für alle gesellschaftlichen Gruppen und Akteure erste wirtschaftspolitische Priorität haben (Tz. 168).

- ⇒ Hier hat sich zu wenig bewegt. Die bisherigen Reformen haben sich auf die Jobvermittlung und auf die Stärkung von Anreizen zur Beschäftigungsaufnahme konzentriert. Bedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind noch nicht in hinreichendem Umfang geschaffen worden. Vor allem die Überregulierung des Arbeitsmarktes durch ein Dickicht von Vorschriften und Pflichten steht einem größeren Angebot von Arbeitsplätzen häufig im Wege. Internationale Untersuchungen nennen die Einschnürung unseres Arbeitsmarktes durch Vorschriften noch vor dem Steuerrecht und den hohen Steuersätzen als wichtigsten Standortnachteil Deutschlands.
- Nach dem Kirchenwort (Tz. 174) fehlt es zwar an bezahlbaren Arbeitsplätzen, nicht aber an Arbeitsaufgaben. Die von den Kirchen geforderte Verzahnung von Niedriglöhnen mit einem zusätzlichen Sozialeinkommen (aus Steuermitteln) ist bislang jedenfalls für unbefristete Arbeitsverhältnisse nicht realisiert worden. Eine entsprechende Weiterentwicklung im Sinne des Kirchenwortes bleibt einzufordern.
 - Wegen des Wegfalls gering qualifizierter und der Zunahme höher qualifizierter Tätigkeiten ruft das Kirchenwort (Tz. 170) zu noch größeren Anstrengungen bei der beruflichen Ausbildung und Qualifizierung auf.
- ⇒ Das deutsche Bildungssystem ist aber noch zu zersplittert und nicht hinreichend leistungsorientiert. Daraus ergeben sich vor allem auch inhaltliche Defizite. Hinzu kommt, dass in Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Ländern die Bildungsausgaben als Investitionen in wertvolles „Humankapital“ ein zu geringes Gewicht erhalten (Schaubilder 5 und 6).

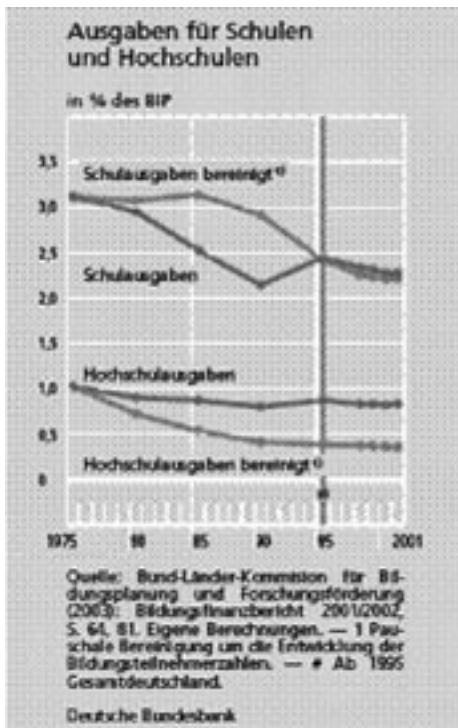


Schaubild 5 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatbericht 10/2003)

Die Forderung nach weiteren und größeren Anstrengungen im Ausbildungsbereich bleibt auch heute bestehen. Speziell ist aber darauf hinzuwirken, dass neben der weiteren Qualifizierung auch die Differenzierung nach Schultypen und deren gleichgewichtige Entwicklung erhalten bleibt und gefördert wird.

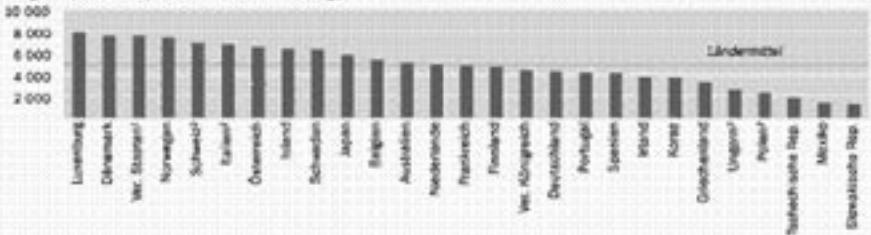
- Oft ist behauptet worden, eine Umverteilung vorhandener Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung schaffe mehr Arbeitsplätze. Das Kirchenwort (Tz. 172) fügt vorsichtig hinzu: „... ohne vollen Lohnausgleich ...“

⇒ Die aktuelle Entwicklung hat diesen Ansatz obsolet gemacht. Die Billiglohnkonkurrenz aus dem Ausland bzw. ausländischer Zuwanderer im Inland hat im Gegenteil nicht nur zur Verlängerung von Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich geführt, sondern sogar auch die Hinnahme zusätzlicher Kürzungen von Lohnbestandteilen bewirkt.

Mittliche Ausgaben für Bildungsrichtungen pro Schüler/Studierenden, nach Bildungsbereich (2001)
 in US-Dollar, kaufkraftbereinigt (bereinigt auf Volkswirtschaftsstandards)

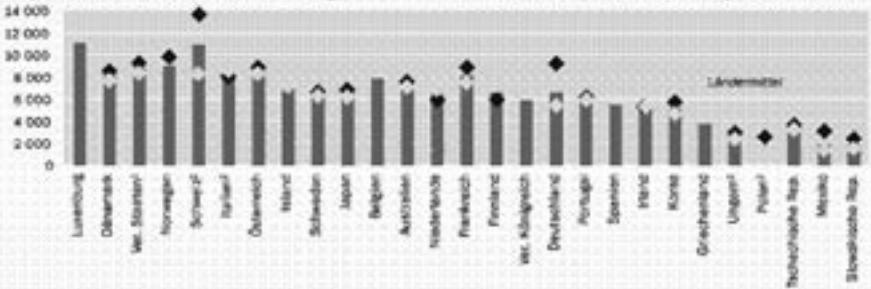
Primärbereich

Ausgaben pro Schüler (in US-Dollar, kaufkraftbereinigt)



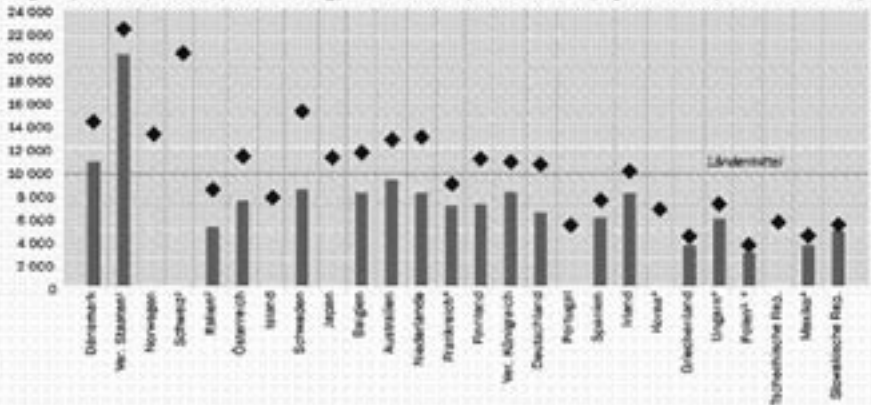
Sekundärbereich

Ausgaben pro Schüler (in US-Dollar, kaufkraftbereinigt)



Tertiärbereich

Ausgaben pro Schüler (in US-Dollar, kaufkraftbereinigt)



1. Nur öffentliche und unabhängige private Bildungseinrichtungen. 2. Nur öffentliche Bildungseinrichtungen. 3. Der Balken stellt für die Gesamtausgaben im Tertiärbereich ohne Ausgaben für Forschung und Entwicklung. 4. Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Tertiärbereich und somit die Gesamtausgaben inklusive. F&E-Aktivitäten sind zu niedrig angerechnet.
 Anordnung der Länder in steigender Reihenfolge der Ausgaben pro Schüler im Primärbereich.

Schaubild 6 (Education at a Glance, OECD, 2004 [www.oecd.org/edu/eag2004])

- Das Kirchenwort fordert ferner (Tz. 170) eine umfassende Reform der Steuer- und Abgabensysteme mit dem Ziel, die Abgaben zu vermindern und zugleich das Steuer- und Abgabensystem arbeitsplatzfördernder und sozial gerechter zu gestalten. Außerdem müssten Selbständigkeit und unternehmerische Initiative stärker gefördert werden (Tz. 171).
- ⇒ Eine wirklich umfassende Steuer- und Abgabenreform steht jedoch nach wie vor aus. Außerdem existiert ein umfassendes Subventionssystem. Je nach Definition werden die jährlichen Subventionen in Deutschland auf zweistellige Milliardenbeträge beziffert.

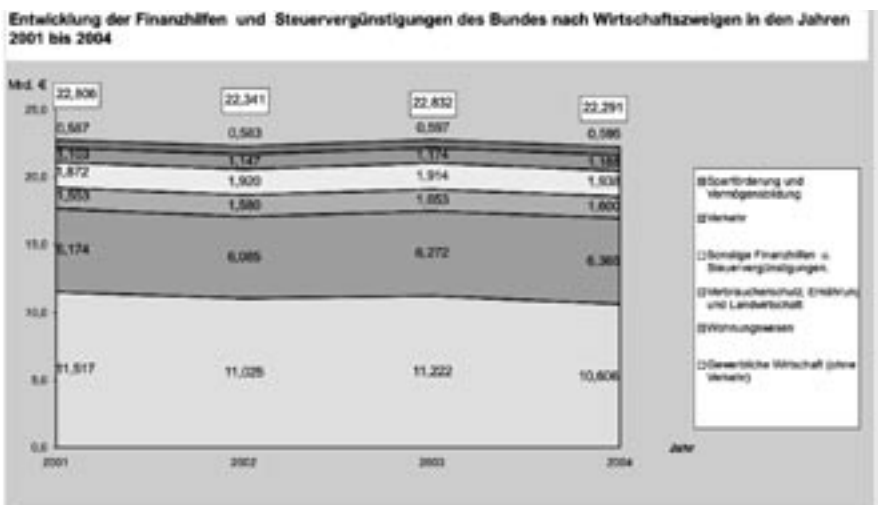


Schaubild 7 (Quelle: Bundesministerium der Finanzen, 19. Subventionsbericht der Bundesregierung)

- Dieses Subventionssystem schadet dem Land, weil es größtenteils veraltete Wirtschaftsstrukturen schützt, während das Geld für Zukunftsinvestitionen fehlt. Ansätze zur Förderung von Unternehmensgründungen oder auch der sog. „Ich-AG“ gab und gibt es zwar, doch sind die Wirkungen bisher eher bescheiden.
- ⇒ Die Forderungen zum Abbau der Subventionspolitik und zur Umschichtung der freiwerdenden Mittel in eine vorausschauende Strukturpolitik einschließlich der Unterstützung des unternehmerischen Handelns und der Selbstständigkeit bleiben weiterhin auf der Tagesordnung. Nur so kann das christliche Anliegen, die notwen-

digen Sozialleistungen als Hilfe zur Selbsthilfe auf der Grundlage der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität auch in Zukunft zu sichern, auf Dauer erfüllt werden.

- Noch stärker in die Zukunft greift der Aufruf des Kirchenwortes (Tz. 176), die Dominanz der bloßen Erwerbsarbeit zu durchbrechen und die besonders geschätzte Arbeit in der Familie und im Ehrenamt stärker zu fördern.

In der Tat fordert auch die Sozialwissenschaft zunehmend die Umorientierung auf eine „Dreizeit-Gesellschaft“ mit den Eckpunkten „Erwerbszeit – Familienzeit – Freizeit“. Das Umdenken dazu wird noch viel Zeit erfordern. Es kann im Übrigen keine Rede davon sein, dass unter so veränderten Bedingungen unsere deutsche Wirtschaftskraft nicht mehr ausreichen würde, die erforderliche materielle Ausstattung auch für alle zu gewährleisten. Dafür spricht nicht zuletzt, dass das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner heute rund 2,7mal so hoch ist wie beispielsweise 1960.

- ⇒ Als Christen sollten wir unser besonderes Augenmerk darauf richten, die innere Bereitschaft zu solch grundlegenden Veränderungen in der Öffentlichkeit zu fördern und dabei insbesondere immer wieder die sinnstiftende Rolle der Familie und des Ehrenamtes hervorzuheben.

In diesem Zusammenhang ist vor allem das Verhältnis zwischen der arbeitsvertraglich geregelten Erwerbsarbeit, der Familientätigkeit und den Aufgaben im Ehrenamt weiter zu entwickeln.

4. Fazit

Selbst eine zeitweilige Konjunkturerholung in unserem Lande dürfte für sich gesehen kaum dazu ausreichen, die Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen. Die „Beschäftigungsschwelle“ wird bei den derzeit erwarteten Wachstumsraten auf absehbare Zeit nur schwer zu erreichen sein. Allerdings sind die Handlungsmöglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik vor allem in struktureller Hinsicht noch lange nicht ausgeschöpft. Grundsätzlich bietet sich folgende Rollenverteilung an:

- Die Gesetzgeber auf allen Ebenen haben ordnungspolitisch die Aufgabe, bessere rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Mehrbeschäftigung herzustellen.
- Den Sozialpartnern obliegt es, die Konditionen für mehr Beschäftigung – vor allem durch beschäftigungsfördernde Arbeitsvereinbarungen – marktkonform zu gestalten.
- Den Unternehmen selbst, in denen das Gros der Arbeitsplätze entsteht und wieder verschwindet, ist neben der Verantwortung für die Eigner ein größeres Maß an sozialer Verantwortung für ihre Arbeitskräfte abzufordern.
- Die Kirchen wie auch alle Christinnen und Christen persönlich sind aufgefordert, diese Prozesse offensiv und nachhaltig zu begleiten und zu unterstützen.

Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Hildesheim tritt für eine den heutigen Herausforderungen entsprechende, breite Diskussion aller gesellschaftlichen Kräfte darüber ein, wie ein Mindestmaß an Erwerbsarbeit für alle erreicht werden kann. Er sucht aktiv das Gespräch zu Fragen der Arbeitsethik und den Erfahrungsaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Politik. Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Hildesheim ermutigt junge Menschen zu freiwilligen sozialen Diensten und setzt sich für entsprechende Rahmenbedingungen ein. Im Vordergrund steht für ihn die „vorrangige Option für die Armen“ mit dem Ziel, „Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen“ (so die Enzyklika „Mater et magistra“ von Papst Johannes XXIII.). Im Sinne dieser Anwaltschaft engagiert sich der Diözesanrat zugunsten der Benachteiligten – und gemeinsam mit ihnen.



Mai 2006

Diözesanrat der Katholiken
im Bistum Hildesheim
Domhof 18–21
31134 Hildesheim



**Bistum
Hildesheim**